DIE LINKE. Sachsen-Anhalt 8. Oktober 2021

Landesvorstand

**Leitantrag**

**an die 2. Tagung des 8. Landesparteitages der Partei   
DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 20. und 21. November 2021 in Leuna**

**„… Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!“**

Das Wahlergebnis vom 26. September ist für uns ein Desaster und ein letzter Weckruf gegen ein „Weiter so“!

Die letale Gefahr für DIE LINKE ist auch nicht dadurch gebannt, dass uns der Gewinn von drei Direktmandaten das parlamentarische Überleben im Bundestag gerettet hat.

Ja, es hätte noch schlimmer kommen können, aber das sollte kein Grund zur Entwarnung sein. Dennoch: Dank an Gesine Lötzsch, Gregor Gysi und Sören Pellmann. Und natürlich danken wir auch und gerade angesichts der Niederlagen allen unseren Wähler:innen, Kandidierenden, Unterstützer:innen und Wahlkämpfer:innen. Alle wussten, dass sie gegen den Strom schwimmen mussten.

Die Ursachen der Niederlagen bei der Bundestagswahl und bei der Landtagswahl sind identisch oder ähnlich, wir als Landesverband sind aber verpflichtet, besonders gründlich die Landtagswahl auszuwerten und damit vor der eigenen Haustür zu kehren.

**Die Ursachen der Niederlagen**

**Andauernde inhaltliche Unentschiedenheit (die Enthaltungs- oder Remis-Partei)**

Der Kompromiss in der Bundespartei und der Bundestagsfraktion wurde über den Kampf um gesellschaftlichen Einfluss gestellt. In der Fraktion hatten sich zwei konträre Richtungen zur Mehrheitsbildung verabredet. Die Folge der Unentschiedenheit war ein Mangel an klaren Botschaften. Die Aussagen waren zu oft auf den kleinsten gemeinsamen Nenner reduziert.

Beispiele:

* Ost-Interessen wurden nur verschämt artikuliert. Wir wollten gesamtdeutsch werden und sind westdeutsch geworden.
* Überbordende Ausgaben-Versprechen wirkten unglaubwürdig, weshalb wir auch mit den guten Renten- und Steuerkonzepten nicht wirken konnten.
* Die Entscheidung der Fraktion zum Afghanistan-Abzug war destruktiv.
* Der weitgehende Verzicht auf linke Industriepolitik hat viele traditionelle Unterstützer:innen verstört.

**Zurschaustellung innerparteilicher Konflikte, besonders der Konflikt um/mit Sahra Wagenknecht**

Beispiele:

* Kein Info-Stand ohne die Kritik: „wie ihr mit Sahra Wagenknecht umgeht“, aber auch permanente Anheizung der Konflikte durch Sahra selbst („Sahra und die anderen Selbstgerechten“)
* Die Kritik an der eigenen Partei als auch den Ausschlussantrag hat ganz Deutschland registriert.
* Der Neustart mit beiden Parteivorsitzenden hatte nur Umfrage-Kurzzeit-Effekt.

**Verkettung von für uns ungünstigen äußeren Faktoren**

* SPD-CDU-Kopf-an-Kopf-Rennen im Bund. Armin Laschet war der laue, aber ausreichende Wind unter den Flügeln der SPD.
* CDU-AfD-Vorhersagen in Sachsen-Anhalt.

**Das Ergebnis der Landtagswahl ist eine schmerzende Niederlage.**

Das Ergebnis der Landtagswahl ist eine schmerzhafte Niederlage. Nach dem doch deutlichen Nackenschlag zur Landtagswahl 2016, fährt unsere Partei in Sachsen-Anhalt erneut deutlich weniger Stimmen ein als bei vorhergehenden Wahlen und vor allem deutlich weniger als die Zielvorgabe. Das Ziel 20 + X und zweitstärkste Partei zu werden, erscheint vor dem Wahlergebnis als deutlich zu hoch gegriffen auch in Anbetracht vorhergehender Landtags-, Europa- und Kommunalwahlen.

**Dank an alle Unterstützer:innen und Kandidierende**

Trotz der Niederlage: Wir sagen all denen herzlichen Dank, die für uns gekämpft haben. All jenen, die sich in diesen schwierigen und oft unsicheren Zeiten der Corona-Pandemie in einem kräftezehrenden Wahlkampf engagiert haben, neben der Wahlzeitung unzählige Flyer und Postkarten unter die Menschen und in die Briefkästen gebracht haben, neue digitale oder analoge Formate ausprobiert und durchgezogen haben, die an Veranstaltungen (auch mit neuen Formaten) teilgenommen und uns als Partei vertreten haben. Dieser Wahlkampf war anders als alle, die wir vorher erlebt haben. Gerade auch für eine Partei, die von der Interaktion mit Menschen lebt, die mit den Menschen ins Gespräch kommen will, war dieser Wahlkampf nicht immer leicht. Unsere Kandidierenden haben zusammen mit den Kreisverbänden mit Leidenschaft und Ideen gekämpft. Wir danken den vielen älteren Genoss:innen, die oft an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gehen. Ausdrücklich gilt unser Dank den Mitarbeiter:innen der Landesgeschäftsstelle, die die Stadt- und Kreisverbände immer verlässlich unterstützt haben und zu jeder Zeit als Ansprechpartner:innen zur Verfügung und im engen gemeinsamen Austausch mit den Stadt- und Kreisverbänden standen. Wir bedanken uns vor allem bei unseren Spitzenkandidat:innen Eva von Angern und Jan Korte für einen leidenschaftlichen, empathischen und angriffslustigen Wahlkampf, der beiden Anerkennung und wachsende Bekanntheit in Sachsen-Anhalt gebracht hat. Auch den Genoss:innen aus den anderen Landesverbänden, die uns personell oder in den sozialen Medien enorm unterstützt haben sagen wir Danke. Ein besonderer Dank für die Unterstützung vor Ort gilt dabei vor allem auch unseren Vertreter:innen von Bundestag und Parteivorstand.

**Auswertung der Landtagswahl**

Zu den Gründen dieser Niederlage ist viel zu sagen und die Analyse ist mit diesem Landesparteitag bei weitem nicht abgeschlossen. Die Partei steht vor einem Umbruch, dessen Weg in den nächsten Jahren begleitet und geebnet werden muss. Lasst uns gemeinsam über die Gründe, aber vor allem über die Schlussfolgerungen und die anstehenden Aufgaben für unseren Landesverband diskutieren.

Die Wahlniederlagen bei der Bundestags- und den Landtagswahlen in mehreren Bundesländern sind hausgemacht. Dazu gibt es natürlich spezifische Probleme in den einzelnen Ländern.

Für Sachsen-Anhalt sehen wir die folgenden zusätzlichen Einflussfaktoren.

**Zuspitzung Ministerpräsident oder AfD**

Durch die Zuspitzung „CDU-Ministerpräsident oder AfD“ gelang es der CDU in den beiden Wochen vor der Wahl Wähler:innen zu mobilisieren. Auch Auswertungen der Briefwahlergebnisse lassen vermuten, dass in der Wahlkabine am Wahltag deutlich mehr Menschen lieber die CDU gewählt haben, um ein Erstarken der AfD zu verhindern. Dies führte zu Stimmenverlusten bei den Parteien DIE LINKE, SPD, GRÜNE und vermutlich auch FDP. Die Umfragen suggerierten ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen CDU und AfD, wer stärkste Partei werden würde, welches es so real wahrscheinlich gar nicht gab. Zwischen den Umfragen und den tatsächlichen Ergebnissen der CDU liegen 6 -10 Prozentpunkte und der Abstand zwischen CDU und AfD lag am Ende bei etwas mehr als 16 Prozentpunkten.

Der Ministerpräsident hatte es aber geschafft, sich glaubhaft als Verhinderer einer CDU-geführten Minderheitsregierung mit Duldung der AfD oder sonst einer Konstellation mit der AfD zu inszenieren. Mag es einen selbst bei diesem Gedanken noch so sehr schütteln, die CDU als Bollwerk gegen die AfD zu wählen, so hat diese Polarisierung zugunsten der CDU funktioniert.

Realistisch muss man aber auch im Gegensatz zum Wahlabend einschätzen, dass diese Polarisierung zwar nicht spurlos an unserem Wahlergebnis vorbeigegangen ist, jedoch nur einen kleinen Teil dessen erklären kann.

DIE LINKE verlor im Saldo 14.000 Stimmen an die CDU, 6.000 an die Grünen, 4.000 an die FDP, 3.000 an die SPD, 2000 an die AfD und 11.000 an Nichtwähler sowie 4.000 an Kleinparteien.[[1]](#footnote-1) Diese Verluste lassen sich nur zum kleineren Teil mit der Zuspitzung auf die Frage „CDU oder AfD“ erklären. Der größere Teil der Verluste hat offensichtlich mit der mangelnden politischen Bindungskraft unserer Partei zu tun, was zu breit verteilten Neuorientierungen von ehemaligen Wähler:innen führt. Eine eindeutige politische Botschaft für die Partei ist daraus eher nicht abzuleiten.

**Amtsinhaberbonus des Ministerpräsidenten**

Auch dieser Trend vergangener Landtagswahlen in anderen Bundesländern setzte sich fort, der Amtsinhaber Rainer Haseloff konnte sein Amt verteidigen. Bei den letzten Landtagswahlen sowohl in den alten als auch den neuen Bundesländern konnten jeweils die Amtsinhaber:innen ihre Ämter verteidigen, meist jedoch mit Verlusten für ihre Parteien. Haseloff ist es dagegen gelungen, seine Partei auf den Erfolgskurs zu bringen und deutlich dazuzugewinnen, was auch dazu führte, dass die CDU bis auf eines alle Direktmandate gewonnen und viele davon von der AfD zurückgewonnen hat. Damit dürfte sich auch die CDU leider in ihrem Kurs bestätigt sehen, auch was den Umgang mit der AfD angeht. Auch mag die Pandemie als Krisensituation, in der Wähler:innen eher auf Stabilität und Sicherheit setzen als auf grundlegende Veränderung, dem Amtsinhaber in die Hände gespielt haben. In der Pandemie hielten darüber hinaus Regierung und Regierungschef das Heft des Handels in der Hand. Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie wurden auf dem Verordnungswege und damit weitestgehend am Parlament vorbei auf den Weg gebracht. Es gab kaum Mitspracherecht und damit auch Wahrnahme für uns als Oppositionspartei.

Allerdings stellte eine infratest dimap Umfrage Ende April 2021 fest, dass die Zustimmung zum Corona-Krisenmanagement der Landesregierung unter den Anhänger:innen der LINKEN am größten war, größer als bei den Anhänger:innen der Regierungsparteien.

**Bundestrend gab keinen Rückenwind**

Der erhoffte Rückenwind von Bundesebene im Jahr der Bundestagswahl blieb aus. Zu lange stand die Partei bundespolitisch vor allem durch interne Blockaden und Querelen im Fokus der Öffentlichkeit und potenzieller Wähler:innen. Pandemiebedingt wurden die Bundesparteitage mehrfach verschoben. Die mit der Wahl der beiden neuen Bundesvorsitzenden einhergehende Vermittlung von Geschlossenheit und Aufbruch kam damit für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt deutlich zu spät. Horst Kahrs schreibt in seiner Wahlanalyse darüber hinaus, „aber auch weil in einem schrumpfenden Flächenland, in dem es lediglich zwei mittelgroße Städte mit mehr als 200.000 Einwohnern gibt, das Konzept einer bewegungsorientierten Parteiarbeit sich nur schwertun kann.“

Diese Einschätzungen beziehen sich auf Sachsen-Anhalt. Allerdings haben sie, zumindest wenn man die Wahlergebnisse zugrunde legt, Gültigkeit in ganz Ostdeutschland. Dies festzuhalten ist deshalb wichtig, weil unser Nachdenken darüber, was wir verändern müssen, auf die wirklichen Ursachen konzentriert werden muss und nicht auf die vermeintlich leichteren einfachen Antworten. In Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern ist man mit unterschiedlichen Voraussetzungen und unterschiedlichen Wahlkampftonalitäten angetreten, zum Teil mit länger bekannten Persönlichkeiten der Landespolitik, in Brandenburg mit einer Doppelspitze, bei der zumindest ein Teil relativ neu auf der landespolitischen Bühne war, in Sachsen aus der Rolle der ewigen Opposition, in Brandenburg als Regierungspartei, in Sachsen mit einer Wahlkampagne, die auf den demokratischen Sozialismus setzt, in Sachsen-Anhalt eine, die sich auf Verteilungsgerechtigkeit öffentlicher Daseinsvorsorge und Ostdeutschland konzentriert. Trotz dieser unterschiedlichen Voraussetzungen und Herangehensweisen waren die Ergebnisse faktisch identisch. Das Problem der Partei zumindest in Ostdeutschland liegt tiefer. Allerdings offenbart auch ein Blick in den Westen, dass dort die gesellschaftliche Wirksamkeit gemessen an Wahlergebnissen und der Mitgliederentwicklung zumindest stagniert. Deshalb kann auch die Problembeschreibung der Parlamentsfixierung wohl kaum als zentrale Fehlerursache identifiziert werden. Deshalb ist es wichtig, so wie Rosemarie Hein (Sprecherin Stadtverband Magdeburg) es in ihrer Wahlanalyse tut, die längerfristigen Entwicklungen in der Partei und bei unseren Wähler:innen zu analysieren.

**Strukturelle Ursachen**

Lassen sich aus den vorher genannten Gründen vor allem kurzfristige Effekte ableiten, so wird doch klar, dass dieses Wahlergebnis eben nicht nur Folge von kurzfristigen Effekten war, sondern eines strukturellen Problems der LINKEN vor allem in Ostdeutschland.

Rosi Hein stellt unter anderem in ihrer Wahlauswertung fest: „Offensichtlich handelt es sich bei diesen Wahlergebnissen nicht um eine Momentaufnahme, eine unglückliche Fügung in Zeiten der Pandemie, ein Umfragetief, aus dem man schnell oder mittelfristig wieder herauskommt. Es ist auch nicht auf Sachsen-Anhalt beschränkt, auch wenn Ergebnisse aus Thüringen und Bremen etwas anderes erhoffen lassen. Um der Sache auf den Grund zu kommen, lohnt es sich, längere Reihen zu verfolgen (hier am Beispiel der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt). Auffällig ist: 30 Jahre nach der Wende ist die PDS/LINKE wieder bei den Wahlergebnissen von 1990 angekommen.“

Auch Karsten Stöber (Mitglied Stadtverband Magdeburg) hält in seiner Auswertung der Wahlen[[2]](#footnote-2) fest: „DIE LINKE im Osten steckt in einem Dilemma:Die Überalterung der Partei und der Wähler:innenschaft führt zu überproportionalen Verlusten durch das Ableben von Partei-Anhängern. (…) In den nächsten 15 Jahren wird die Partei einen Großteil ihrer Traditionswähler:innen verloren haben – ein Verlust, den sie nur überleben wird, wenn es ihr gelingt, neue Wähler:innen zu generieren.“ Dies muss uns vor allem über die Generationen hinweg, sowohl bei jungen Erwachsenen, Jungwähler:innen, den Menschen der mittleren Altersgruppe als auch bei älteren Menschen gelingen.

Dieser Verlust an Wähler:innen ist natürlich nicht alleine auf demografische Faktoren zurückzuführen, sondern auch auf andere Gründe wie einen fehlenden Gebrauchswert unserer Partei. Wir haben es auch nicht verstanden, ehemalige Wähler:innen aus dem Nichtwähler:innenlager zurückzuholen.

„Wir haben viele Menschen nicht mehr erreicht, die wir vorher erreichen konnten. Das zeigen die Wählerwanderungen. Zwar gelang es bundesweit mehr junge Kräfte zu binden und auch neue Wähler:innengruppen zu erschließen. Es bleibt aber festzustellen, dass gerade der Aufschwung im Westen weniger substanzielle Verbesserungen bei den Wahlergebnissen brachte als erwartet. (…). Die Verluste an Wähler:innen im Osten sind vielleicht nicht in absoluten Zahlen, aber in der Wirkung auf die Situation der Gesamtpartei ungleich größer als der Gewinn im Westen.“[[3]](#footnote-3)

Mit den Wahlergebnissen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und im Bund gerät die Partei noch tiefer als ohnehin in die Klemme zwischen notwendiger programmatischer und strategischer Erneuerung, Verjüngung und der für Wahlerfolge unverzichtbaren Wiedererkennbarkeit bei der weit größeren Gruppe der älteren Wähler:innen.

**Fehlender Gebrauchswert für Wähler:innen**

Auch lässt sich für Sachsen-Anhalt feststellen, dass seit dem Rekordergebnis 2009 auf dem Höhepunkt der Hartz-IV-Proteste von 32,4 Prozent die PDS/Linkspartei/DIE LINKE immer weiter verloren hat. Dies hat mehrere Gründe. Einerseits ist es uns nicht gelungen diese Protestwähler:innen zu halten (Enttäuschung, dass Hartz IV eben nicht abgeschafft werden konnte), andererseits verloren wir auch bei den Stammwähler:innen, sei es aus Altersgründen, Wegzug oder eben zu großen Teilen aus Enttäuschung über Streit, falsche Themensetzung usw. und konnten gleichzeitig keine oder nur in geringem Maße neue Wähler:innengruppen erschließen. Während uns seit 2013 schon teilweise die Piratenpartei den Rang bei Protestwähler:innen ablaufen konnte, schaffte es die AfD 2016 mit einem fulminanten Einzug in den Landtag. Im Vergleich zu 2016 hat sie auch nur marginal verloren.

Das heißt, der Verlust von Wähler:innen geht auch mit einem schwächelnden Gebrauchswert einher. Gebrauchswert kann für Wähler:innen ganz unterschiedlich sein, Protestartikulation, tatsächliche Veränderung durch Regierungsbeteiligung, Druck auf die Regierenden usw. Zu spät haben wir erkannt, dass wir für viele Menschen keinen eindeutigen und überzeugenden Gebrauchswert mehr erfüllen. Sicherlich sind Erfahrungen an Infoständen nicht repräsentativ, jedoch waren die Bekundungen bei dieser Wahl mehr als deutlich, von Beschimpfungen über Sätze wie „Euch haben wir bis jetzt immer gewählt, aber ihr konntet ja auch nichts verändern“ bis hin zu dröhnendem Desinteresse.

Die PDS/Linkspartei/DIE LINKE hatte in ihrer Vergangenheit vor allem zwei große Zuschreibungen. In den 90er Jahren war sie authentische Vertreterin der Interessen der Ostdeutschen nach der Wende, in den 2000er war sie Vertreterin derjenigen, die gegen Hartz IV und für einen Mindestlohn gekämpft haben. Heute, so scheint es, gibt es keine so eindeutige Zuschreibung mehr. Sie ist Kämpferin für soziale Gerechtigkeit. Das ist und bleibt unser Markenkern. Und dennoch muss man zur Kenntnis nehmen, dass viele Wähler:innen diese Zuschreibung nicht teilen oder sie für sie nicht wahlentscheidend war.

Hinzu kommt, dass mit der Stärke der Linkspartei das Versprechen einer neuen sozialen Idee einherging, jedoch kamen vielmehr Konzepte aus alten Zeiten und neue Denkansätze, die eher wenig mit dieser neuen sozialen Idee zu tun hatten.

In der Wahrnehmung vieler Wähler:innen, so scheint es, hat DIE LINKE diese neue soziale Idee nicht umsetzen können. Selbst prominente Mitglieder wie Inge Hannemann haben sich von der Partei abgewendet, weil sie nach ihrer Wahrnehmung gerade das von Hartz-IV betroffene Klientel nicht mehr vertreten würde und weil andere Themen in der innerparteilichen Debatte dominiert haben. Natürlich teilen nicht alle diesen Befund, wir hätten die Arbeiter:innen vernachlässigt. Man muss aber die Unzufriedenheit, die sich hier artikuliert, wahrnehmen und auch dass wir es nicht geschafft haben, spürbare Verbesserungen für Arbeitslose oder Arbeiter:innen herbeizuführen.

Das Problem der nicht vorhandenen Solidarität in der Bevölkerung ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass sie selbst wenig praktische Solidarität erfahren haben.

**Umsetzung der Wahlstrategie**

Die strategische Vorgabe der Wahlstrategie, vor allem die CDU herauszufordern und auf der anderen Seite sich auch als Hauptherausforderin der CDU (vor AfD und allen anderen Parteien) zu positionieren, ist nur zu Teilen aufgegangen. Zu dieser Strategie gab es keine Alternative, aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Rot-Rot-Grün nicht funktioniert hat, und persönliche Auseinandersetzung wurde nicht als politische Alternative wahrgenommen.

Schien es in der Anfangsphase auf eine Zuspitzung Haseloff vs. von Angern hinauszulaufen, wurde dies von den Umfragen und der daraus geschlussfolgerten Zuspitzung „Haseloff oder AfD“ im letzten Drittel des Wahlkampfes übermalt.

Im Wahlkampf selbst ist es uns auch durch die Person Eva von Angern gelungen, unsere Kernthemen des Landesparteitagsbeschlusses von Plötzky[[4]](#footnote-4)

* Sozialer Zusammenhalt statt Spaltung der Gesellschaft durch Armut
* Gute Sozialpolitik braucht eine stabile Wirtschaft, gerade im Wandel
* Zugang zu Bildung und Wissenschaft gerechter machen
* Wohnortnahes Gesundheits- und Pflegesystem gewährleisten
* Ländliche Räume nicht länger abhängen
* Keinerlei Nationalismus und Rassismus dulden
* Kommunale Selbstverwaltung zurückgewinnen
* Zukunftsfaktor OST zu setzen[[5]](#footnote-5).

**Das Plakat**

Mit dem Plakat „Nehmt den Wessis das Kommando“ und der Untersetzung in einem weiteren Plakat („Löhne und Renten auf Westniveau“) ist es gelungen, provokant und prominent das Thema „Ost-West-Gerechtigkeit“ im Wahlkampf zu setzen. Karsten Stöber analysiert in seiner Wahlauswertung dazu: „Aus medialer Sicht war die Kampagne ein Volltreffer. Das mediale Echo war immens, selten ist es einem Landesverband gelungen, mit einem Wahlkampfthema sogar bundesweit und über mehrere Wochen für Schlagzeilen zu sorgen. (…) Der strategische Schachzug, mit einer populistischen Zuspitzung für einen Aufschrei zu sorgen, um im zweiten Schritt das Thema inhaltlich zu untersetzen und eine Debatte anzustoßen, schien perfekt.“[[6]](#footnote-6) Mit diesem Plakat sollten insbesondere jene angesprochen und von der LINKEN überzeugt werden, die sich zu Recht über die nach wie vor vorhandene Ungleichbehandlung Ostdeutscher empören und/oder schmerzhafte Erfahrungen während und nach der Wende gemacht haben. Das Problem vieler enttäuschter Ostdeutscher war vor allem, dass ihre Lebenserfahrung in der gesellschaftlichen Debatte nicht mehr vorkam.

DIE LINKE konnte in der Folge nach wie vor hohe Werte in puncto Ostkompetenz vorweisen (wenngleich sie auch hier Prozente verlor), sie ließen sich jedoch nicht in der gewünschten Masse in Wähler:innenstimmen umwandeln. Es zeigt, „eine Provokation kurz vor der Wahl allein reicht nicht aus, um die Politikverdrossenheit von Nicht-Wähler:innen aufzubrechen. Insbesondere dann, wenn sich ein Vertrauensverlust gegenüber PDS/DIE LINKE über Jahre verfestigt hat.“[[7]](#footnote-7) [[8]](#footnote-8)

Wir können konstatieren, dass man mit dem Thesenpapier „Nehmt den Wessis das Kommando! – Einstieg in eine notwendige Debatte“ erneut eine mediale Aufmerksamkeit erreichen konnte, wurde dies in überregionalen Zeitungen aufgenommen, es aber innerhalb der eigenen Partei weniger Widerhall fand als das Plakat.

Schlussendlich muss man selbstkritisch bemerken, dass das Thema in den letzten Jahren zu wenig für die Menschen fassbar aufbereitet und zu spät weiterentwickelt wurde, von den legitimen Empörungen zu anschaulichen, generationsübergreifenden Forderungen. Hierin besteht die Aufgabe an uns als Partei. Die Anerkennung ostdeutscher Biografien und Leistungen generationsübergreifend anzusprechen und auch die damit einhergehenden Probleme und Ungerechtigkeiten, wie fehlende Repräsentanz, Lohnlücke usw. nach vorne aufzumachen, um auch über das eigene Stammwähler:innen-Potenzial hinaus zu mobilisieren und anzusprechen.

**Personalisierung im Wahlkampf**

Mit dem Beschluss des Landesvorstandes zur Wahlstrategie im Juli 2020 und dem Beschluss der 2. Tagung des 7. Landesparteitages in Plötzky wurde der Rahmen für die Spitzenkandidatur von Eva von Angern gelegt. Im Vordergrund der Strategie und der daraus folgenden Personalisierung stand die Herausforderung der CDU. Diese regiert seit ca. 20 Jahren in wechselnden Koalitionen und hat das Land mit einem Mehltau überzogen. Zusätzlich wurde in der Corona-Pandemie immerfort das Parlament bei der Entscheidungsfindung über Maßnahmen außen vor gelassen, was direkt auf den Ministerpräsidenten und die Abstimmungen in der Ministerpräsidentenkonferenz zurückzuführen ist.

Eine Polarisierung zwischen AfD und CDU sollte unbedingt vermieden werden, da auch bei anderen Landtagswahlen in den neuen Bundesländern DIE LINKE dadurch stark an Stimmen eingebüßt hatte. Im rot-rot-grünen Lager behielt DIE LINKE durchgehend ihre Führungsposition.

Die Wahlkampagne und der Wahlkampf wurden auf die Person Eva von Angern als Vermittlerin und authentische Vertreterin des Kampfes gegen Ungleichheit, Kinderarmut und für Gleichberechtigung von Mann und Frau, aber auch der Ostdeutschen, ausgelegt, jedoch ohne sie explizit als Ministerpräsident:innenkandidatin darzustellen. Mit der Person der Spitzenkandidatin wurden vor allem Themen verknüpft, wie in der Wahl- und Kommunikationsstrategie angelegt.

Die Zuspitzung als Herausforderin des Ministerpräsidenten ergab sich auch aus der Konstellation innerhalb des rot-rot-grünen Lagers. Im Nachgang muss man jedoch eingestehen, dass das progressive Lager zu keiner Zeit vermocht hatte, als ein solches Lager geschlossen aufzutreten und damit für sich zu werben noch durch Umfragen überhaupt deutlich machen konnte, dass ein solcher Politikwechsel gemeinsam überhaupt möglich ist. Dies hat für keine der drei Parteien oder Spitzenkandidatinnen Rückenwind bewirken können.

Ferner muss man zumindest konstatieren, dass im Moment der Entscheidung für die Kampagne und den Grad der Personalisierung DIE LINKE in Umfragen zwischen 16 und 18 Prozent lag. Die erste Umfrage mit 12 Prozent erschien am selben Tag wie die Kampagnenpräsentation. Dies bestätigt nur noch einmal, wie volatil bzw. unberechenbar teilweise die Ausgangslage war.

Eva von Angern hat einen leidenschaftlichen, kompetenten und angriffslustigen Wahlkampf geführt. Sie war medial präsent, wurde auch überregional wahrgenommen und erreichte stetig steigende Followerzahlen in den sozialen Medien. Sie hat mit viel Einsatz diesen Wahlkampf bestritten und auch mit einem großen Kraftaufwand. Die durchgeführte Landtour als auch der Auftritt in der Wahlarena können als sehr gelungen bezeichnet werden. Gerade auch aus der Landtour kann für die Zukunft noch geschöpft werden. Die Bekanntheit konnte auf Platz 2 aller Politiker:innen gesteigert werden, wenn auch nüchtern konstatiert werden muss, dass der Ministerpräsident eine enorme Zugkraft für seine Partei entfalten konnte, auch mit hohen Zustimmungs- und Bekanntheitswerten. Die Tatsache, dass Eva von Angern erst sechs Monate vor der Landtagswahl mit der Wahl zur Co-Fraktionsvorsitzenden „in die erste Reihe getreten“ ist und damit an populärer Stelle stand, führte zu einer relativ kurzen Zeit, um ihre Bekanntheit überhaupt zu steigern.

Bei der gemeinsamen Beratung der Kreis- und Stadtvorsitzenden zur Auswertung der Wahl wurde die Personalisierung mit Eva von Angern auch im Nachhinein mehrheitlich als richtig eingeschätzt. Ihr gilt unser Dank für einen engagierten Wahlkampf.

Der Aufbau einer Spitzenkandidatur, das zeigt auch diese Wahl, ist ein langfristiger Prozess, der lange vor der eigentlichen Wahl beginnen sollte. Für eine erfolgreiche Spitzenkandidatur bedarf es neben einer guten Wahl- und Kommunikationsstrategie aber vor allem auch der Unterstützung der Partei. Wie beim Wahlprogramm als auch beim Personal kann eine Partei nur erfolgreich sein, wenn sie entschlossen und geschlossen in Wahlkämpfen auftritt.

**Neue Herausforderungen – keine weißen Flecken lassen, neue Konstellationen**

Die Partei hat durch den Verlust von vier Mandaten im Landtag auch Leerstellen auf der Landkarte. Auch wenn das Wahlergebnis eine Reduzierung der Mandate in der Fraktion zur Folge hat, besteht der feste Wille, die Struktur mit Wahlkreisbüros und damit auch die Präsenz nicht weiter auszudünnen, sondern stattdessen zu verbessern. Der Landesvorstand wird dazu gemeinsam mit den neu gewählten Mitgliedern der Landtags- und Bundestagsfraktion und mit den Kreis- und Stadtvorständen beraten, wie zukünftig die Abdeckung mit Wahlkreisbüros und die Zusammenarbeit vor Ort verbessert werden kann. In der nächsten Zeit werden dazu in allen Stadt- und Kreisverbänden Gespräche im Zuge der Kreistour stattfinden oder haben bereits stattgefunden.

Natürlich wird es immer schwerer werden, mit weniger Mitteln und weniger aktiven Mitgliedern erstens kommunal präsent zu sein, zweitens ansprechbar zu bleiben für die Menschen in ihrem Alltag, sei es im Verein, in der Freiwilligen Feuerwehr oder im Chor und drittens noch zusätzlich die Kraft aufzubringen, Bündnisse, Proteste und Streiks vor Ort zu unterstützen. Das ist wahrlich eine Mammutaufgabe für uns und unsere Genoss:innen, aber wir sind bereit diese anzunehmen.

Büros und Anlaufstellen der Mandatsträger:innen sollen keine leeren Hüllen sein, sondern mit Leben gefüllt werden. Sie sollen Anlaufstelle für alle linken Mandatstäger:innen der Region sein, für Einwohner:innen, Initiativen und Verbände.

**Situation der Landtagsfraktion**

In der letzten Wahlperiode müssen wir kritisch feststellen, dass die Arbeit der Landtagsfraktion zu stark auf den innerparlamentarischen Betrieb ausgerichtet war und dadurch die öffentliche Wahrnehmung insbesondere im ländlichen Bereich gelitten hat. Diese ist jedoch zwingend erforderlich, damit unsere politischen Aktivitäten von den Menschen in Sachsen-Anhalt zur Kenntnis genommen werden können.

Dabei ist es klares Ziel der Landtagsfraktion, die Ideen und Vorhaben aus dem Wahlprogramm in die politische Debatte einzubringen und uns vor allem auf die Kernpunkte unserer Partei zu konzentrieren.

Die Landtagsfraktion entwickelt ihr Öffentlichkeitskonzept mit dieser Zielrichtung fort. Wir wollen für die Menschen „auf Achse sein“, nahbar, kritikfähig und vor allem die Lust am Mitmachen wecken. Die Landtagsfraktion wird dabei mangels Mehrheit eher selten eigene Vorhaben durch Beschlüsse im Landtag umsetzen können. Doch als Opposition ist es neben den anderen Oppositionsfraktionen unsere Aufgabe, wesentliche eigene Akzente für einen starken Sozialstaat, soziale Gerechtigkeit und einer solidarischen Vision für die Zukunft zu entwickeln. Wir wollen streiten, kritisieren, den Finger in die Wunde legen und positiven Blick nach vorn richten.

Sie will sichtbar sein und arbeitet selbstverständlich an dem Ziel eines besseren Wahlergebnisses bei der nächsten Landtagswahl. Die zwölf Landtagsabgeordneten werden von engagierten Mitarbeiter:innen unterstützt. Die Landtagsfraktion braucht Vertrauen in ihre Arbeit und ein solidarisches Miteinander.

**Themensetzung (Konzentration)**

In Zukunft muss es uns als Partei gelingen, Themen zu identifizieren, die einen breiten gesellschaftlichen Widerhall finden. Diese wollen wir gemeinsam mit der Partei auf kommunaler Ebene und mit Unterstützung der Landtagsfraktion landesweit vorantreiben, d.h. auch Konzepte, übergreifende Anträge und Kampagnen entwickeln. Ein Beispiel könnte dafür das Projekt „Beitragsfreiheit in Kitas“ sein.

Nicht nur für große Projekte, sondern für das Alltägliche, ist es wichtig, die Kommunikation mit den unterschiedlichen Ebenen zu verbessern. Auch hier müssen wir selbstkritisch anmerken, dass es dabei Luft nach oben gibt. Vor allem wollen wir die Durchlässigkeit in beide Richtungen verbessern, Themen der kommunalen Ebene sollen eine größere Rolle auf Landesebene spielen und Informationen der Landesebene sollen die kommunale Ebene besser erreichen. Die Kommunalpolitik ist nach wie vor das Herzstück linker Politik.

**Parteiaufbau**

Wir brauchen einen neuen Parteiaufbau. Es ist doch keine neue Erkenntnis, dass wir eine ältere Mitgliedschaft haben, Genoss:innen, die sich lange Jahre in den Dienst dieser Partei gestellt haben, Funktionen ausgefüllt haben, ehrenamtlich aktiv waren und nun, wo sie vielleicht auch körperlich nicht mehr so können, wie sie wollen, uns dennoch treu geblieben sind, anstatt einfach auszutreten. Diskussionen über das Anwerben neuer Mitglieder müssen also auch immer mit Respekt gegenüber denen erfolgen, die da sind, aber vielleicht nicht mehr tätig sein können.

Dennoch besteht der Fakt, dass wir stetig Mitglieder verlieren. Wir verzeichnen Austritte vor allem bei älteren Genoss:innen aufgrund von Sterbefällen, aber eben auch bei jüngeren, vor allem neuen Mitgliedern, bei denen wir es nicht schaffen, sie langfristig an die Partei zu binden.[[9]](#footnote-9)

Die letzten Jahre haben wir uns stetig in Wahlkämpfen oder Wahlkampfvorbereitungen befunden. Es gab kaum Zeiträume, wo man einmal Luft holen konnte und anstatt zu verwalten auch gestalten konnte. Wir haben dennoch versucht, diese Zeit zu nutzen, um auch andere Formate auszuprobieren, niedrigschwellige Angebote z.B. auch bei Parteitagen (Benndorf) zu machen. Auch in der Zeit der Pandemie haben wir versucht, den Kontakt mit digitalen Formaten oder Telefonkonferenzen zu halten. Und dennoch müssen wir feststellen, dass das nicht immer gereicht hat. Vielen hat der persönliche Kontakt gefehlt, vor allem den Älteren, der Austausch, der auch wichtig ist, um konkrete und akute Vorgänge nachvollziehen zu können. Wir haben auch Enttäuschungen erlebt, weil sich eben in dieser Zeit auch Genoss:innen nicht mitgenommen gefühlt haben. Wir erleben viele engagierte Genoss:innen, die auch in dieser Zeit in den Vorständen und Basisgruppen ihr Möglichstes getan haben, um den Kontakt aufrechtzuerhalten. Auch hier müssen wir genau hingucken und aufnehmen, wie wir es zukünftig besser machen können. Wie wir jetzt eingeführte Instrumente und Formate, wie beispielsweise Videokonferenzen zukünftig sinnvoll nutzen können, gerade auch kreisverbandsübergreifend für Arbeitsgruppen und gemeinsame Projekte.

Für die Zukunft brauchen wir auch im Landesvorstand einen Mitgliederbeauftragten/eine Mitgliederbeauftragte, die gemeinsam mit den Mitgliederbeauftragten der Kreis- und Stadtverbände regelmäßig zusammentritt, sich austauscht und neue Formate entwickelt. Ziel muss es sein, erstens neue Mitglieder zu gewinnen, zweitens Sympathisant:innen stärker an uns zu binden, drittens Neumitgliedern den Weg in die Partei positiv zu gestalten und viertens sich um die Mitgliederpflege zu kümmern, damit diese auch bleiben. Ein jährliches Mitgliedertreffen sollte genauso erprobt werden, wie regelmäßige Neumitgliedertreffen auf Kreis- und Stadtverbandsebene oder auch Landesebene und die Nutzung der Datenbank „linksaktiv“. Dabei ist die angesprochene Digitalisierung essenziell für die Mitgliederbindung. Ein langfristiges Ziel könnte die Entwicklung einer Mitgliederapp sein. Diese gewährleistet, dass Menschen fast jeder Altersgruppe täglich und ohne lange Kommunikationswege einbezogen, informiert und damit für die Ziele der Partei mobilisiert werden können.

Neben der Gewinnung von Mitgliedern wird das Aufstellen von Kandidat:innen für kommunale Ämter und Mandate auch in Zukunft eine Herausforderung, die wir annehmen und gestalten wollen. Hierbei geht es auch darum, frühzeitig Nachwuchs- und Bestandspflege zu betreiben, um flächendeckend zu Wahlen und Kommunalwahlen antreten zu können.

Es ist erfreulich, dass wir in der Vergangenheit junge Menschen als Amts- und Mandatsträger:innen in kommunalen Parlamenten und auch während des und für den Wahlkampf junge Menschen für die Partei gewinnen konnten. Daran wollen wir anknüpfen und weiter arbeiten, vor allem auch im Hinblick auf die Gewinnung von Mitgliedern und Kandidat:innen aus der mittleren Altersgruppe und auch mit Berufsbildung oder handwerklicher Tätigkeit.

Der Beschluss der 3. Tagung des 3. Landesparteitages zur Mitglieder- und Parteientwicklung sollte vom zukünftigen Landesvorstand evaluiert und weiterentwickelt werden.

**Jugendverband**

Das derzeitige Verhältnis von Partei und Jugendverband in Sachsen-Anhalt und andersherum ist deutlich verbesserungswürdig. Eine Partei lebt aber auch von einem aktiven und kritischen Jugendverband, der - wie auf dem Bundesparteitag geschehen - die Partei auch durchaus an der einen oder anderen Stelle vor sich hertreibt, der andere und jüngere Zielgruppen anspricht als es die Partei tut und tun kann. Deshalb ist es nötig, dass beide Seiten wieder aufeinander zugehen und das Gespräch suchen, um einen konstruktiven Austausch und eine gute zukünftige Zusammenarbeit zu ermöglichen. Auch hier wäre es empfehlenswert, die Verantwortlichkeit im Landesvorstand noch einmal zu klären, um Ansprechbarkeit zu ermöglichen.

**Wahlkampf – nur gemeinsam**

Die Stadt- und Kreisverbände haben im Landtagswahlkampf 2021 beachtliches geleistet. Wir haben eine Wahlzeitung mit 14 Regionalausgaben gehabt, was in den letzten Jahren in vielen Landesverbänden nicht mehr geleistet werden konnte. Wir haben über 28.000 Plakate im Land aufgehängt und wir haben trotz der erschwerten Bedingungen durch die Pandemie auch im Straßen- und Haustürwahlkampf erhebliches geleistet. Da ist es nur logisch, dass bei denjenigen, die gekämpft haben, der Frust nach dem Wahlergebnis sich auch in einer Suche nach den Ursachen im Wahlkampf widerspiegelte.

Wahlkämpfe werden in der Regel von der gesamten Partei, also den Stadt- und Kreisverbänden getragen. Daher ist es notwendig, sie frühzeitig in die Planungen sowohl des Personals als auch der Strategie und ihrer Umsetzung einzubeziehen. Das ist uns nicht immer ausreichend gelungen. Der Unmut in einigen Kreisverbänden zur sehr kurzfristigen Entscheidung über eine Wahlstrategie und die Spitzenkandidatur im Sommer 2020 war durchaus verständlich. Wir haben daher auf dem Oktoberparteitag 2020 grundlegende Dinge zur Wahlkampfstruktur und Aufgabenverteilung im Wahlkampf beschlossen, ebenfalls einen klaren Auftrag zur Vorlage eines Vorschlages des Landesvorstandes zu einer Landesliste einschließlich der notwendigen Kriterien. Das ist gründlich mit den Stadt- und Kreisverbänden im Vorfeld diskutiert worden. Die Vertreter:innenversammlung im Januar 2021 hat den Listenvorschlag mit einer klaren Mehrheit beschlossen, auch wenn nicht jeder Kreisverband mit seiner Repräsentation auf der Liste zufrieden war.

Der Landesvorstand hat für die Landtagswahl 2021 eine Wahlkampfstruktur beschlossen, die aus einem Landeswahlplenum, in dem alle Kreisverbände vertreten waren, der Kommission Strategie und Wahlen und dem operativen Wahlbüro bestand. Die guten Erfahrungen des Landeswahlplenums aus der Kommunalwahl 2019 haben uns dazu bewogen, dem Landeswahlplenum eine entsprechende zentrale Rolle einzuräumen. Jedoch müssen wir hier feststellen, dass sich Kommunal- und Landtagswahlen vor allem auch in Bezug auf Wahlkampfführung deutlich unterscheiden. Auch müssen Verantwortungen und klare Abgrenzungen zukünftig eindeutiger festgelegt werden. Die Wahlkampfstruktur gehört daher auf den Prüfstand. Wir wollen gemeinsam mit den Stadt- und Kreisverbänden beraten, wie eine zukünftige Wahlkampfstruktur aussehen könnte, damit effektives und gemeinsames Agieren möglich ist.

Im Landtagswahlkampf sind Defizite in der Kommunikation im Landesverband offensichtlich geworden. Daneben ist zwar die Kommunikationsstrategie im Wahlkampf mit einem erheblichen Aufwand erstellt worden, die Umsetzung blieb allerdings hinter den Erwartungen zurück.

Ganz oben auf der Prioritätenliste steht daher die Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit, Kontakte aus dem Wahlkampf müssen weiter genutzt, gepflegt und ausgebaut werden. Eine Professionalisierung der Öffentlichkeits- und Pressearbeit des Landesverbandes kann nur erreicht werden, wenn es uns gelingt, eine bessere Vernetzung der Ebenen und Strukturen herzustellen und vor allem vorhandene Ressourcen zu nutzen und effektiv einzusetzen.

Die Vorstandsmitglieder sind der Motor für den Landesverband, um Entscheidungen und Prozesse maßgeblich auf den Weg zu bringen und zu kommunizieren. Wie oben schon erwähnt ist, die Kommunikation dabei sachdienlich Grundvoraussetzung, da so Probleme einheitlich gelöst werden können. Denn nur wenn alle an einem Strang ziehen, können wirkliche Veränderungen herbeigeführt werden.

Die bessere Kommunikation und Vernetzung aller Ebenen betrifft sowohl die Mitglieder des Landesvorstandes als auch die Landtagsfraktion.

Im Ergebnis der Landtagswahl 2021 steht der Landesverband vor erheblichen finanziellen und strukturellen Problemen. Der Verlust von vier Landtagsmandaten bedeutet nicht nur eine Mindereinnahme an Mandatsträgerbeiträgen, sondern bringt eben auch erhebliche Probleme bei der Realisierung der flächendeckenden Präsenz der Partei im gesamten Land mit sich. Dank der Bereitschaft der neuen Abgeordneten, mit einer Anpassung der Mandatsträgerbeiträge im Rahmen unserer Finanzordnung wird es gelingen, den Ausfall an dieser Stelle deutlich abzusenken. Deutlich problematischer ist der Verlust an staatlichen Mitteln von circa 31.000 Euro jährlich. Das bedeutet, dass wir in den nächsten fünf Jahren nur knapp über 300.000 Euro an Mitteln für den nächsten Landtagswahlkampf ansparen können, in der letzten Periode 2016 – 2021 waren ist immerhin noch über 450.000 Euro. Das unterscheidet sich im Übrigen auch nicht von der Situation in anderen ostdeutschen Bundesländern. Wir werden auch aus finanziellen Gründen über andere Methoden und deren Umsetzung in Wahlkämpfen langfristig nachdenken müssen.

Während wir nach der Landtagswahl 2016 zwei Kreisverbände ohne ein eigenes Wahlkreisbüro hatten, sind es jetzt vier. Die Bundestagswahl 2021 hat dieses Problem noch verstärkt. Es kommt jetzt darauf an, in gemeinsamen Anstrengungen des Landesverbandes, der Landtagsfraktion und der Landesgruppe Sachsen-Anhalt im Deutschen Bundestag nach Lösungen zu suchen, um ein weiteres Abhängen insbesondere der Flächenkreise zu verhindern. Der neue Landesvorstand muss bis zum Dezember 2021 dafür machbare Vorschläge vorlegen. Insbesondere für den Norden und im Süden des Landes benötigen wir hier schnell eine Lösung.

**Unsere Aufgaben in den nächsten Monaten**

**Die Gestaltung des innerparteilichen Diskussionsprozesses**

Die Wahlergebnisse zur Landtags- und Bundestagwahl in diesem Jahr sind ein deutliches Signal dafür, alte Weisheiten infrage zu stellen und neue Antworten zu suchen. Diese gewaltige Aufgabe muss in den nächsten Monaten im Vordergrund stehen. Es ist keinesfalls sicher, dass wir als Landesverband oder als Gesamtpartei diese Prüfung bestehen. Allerdings zeigt ein Blick in unsere eigene Geschichte, dass wir auch solche Herausforderungen bereits bewältigt haben. Einige von uns haben den Entstehungsprozess der PDS während der Wende selbst miterlebt, ein noch größerer Teil das Jahr 2002 als die PDS bei der Bundestagswahl nur 4,0 Prozent erhielt. Beide Male ist es jedoch gelungen, die richtigen Konsequenzen zu ziehen und als politische Kraft gestärkt aus diesen Krisen herauszuwachsen. Wir haben die Möglichkeit, das auch diesmal zu tun.

Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die notwendigen Diskussionen solidarisch geführt werden. Eine der wichtigsten Grundwerte einer linken Partei ist Solidarität. Wenn es uns nicht gelingt, die notwendige kritische Aufarbeitung mit gegenseitigem Respekt und kulturvoll zu führen, sind wir weder für die Mitglieder noch für die, die wir erreichen wollen, glaubwürdig.

Aus der Geschichte unserer eigenen Partei kennen wir auch die ritualisierten Diskussionen, die durch Sätze beherrscht werden wie: „Ich habe doch schon immer gesagt …“ und „Schuld an der Misere ist…“. Auf diese Art landen wir in den alten innerparteilichen Gräben, würden aber keinen Schritt vorankommen. Gewinnen werden wir nur, wenn jede:r selbst bereit ist, neue Fragen und Antworten zuzulassen.

Wichtig in den nun folgenden Debatten wird auch das Anerkennen sehr unterschiedlicher Zugänge zur Politik und Lebenssituationen von Mitgliedern unserer Partei sein. Der ehemalige Volkspolizist, der für die LINKE im Gemeinderat sitzt, und die Politikstudentin, die sich bei Friday for Future und im Jugendverband engagiert, leben in sehr unterschiedlichen Welten und haben sehr unterschiedliche Zugänge zur Politik. Trotzdem müssen beide die Kraft aufbringen, einander zuzuhören, sich zu akzeptieren und gemeinsam handlungsfähig zu sein. Wenn wir eine Zukunft haben wollen, können wir weder auf den einen noch auf die andere verzichten. Und wir haben gleichzeitig aber die Aufgabe, für die Menschen in diesem Land politisch eindeutig erkennbar zu sein und im Gemeinderat nicht das Gegenteil dessen zu tun, was wir in Magdeburg oder Halle auf der Straße fordern und umgekehrt.

Jede:r von uns trägt Verantwortung, den nun anstehenden Diskussionsprozess so zu führen, dass wir am Ende gestärkt daraus hervorgehen, statt uns zu spalten.

Der Landesvorstand organisiert gemeinsam mit den Kreis- und Stadtverbänden einen Diskussionsprozess zur zukünftigen inhaltlichen und strukturellen Aufstellung des Landesverbandes, u.a. in Regionalkonferenzen. Die Ergebnisse dieser Debatten sollen gebündelt in Form eines Leitantrages auf einem Landesparteitag 2022 zur Abstimmung gestellt werden.

**Die politische Auseinandersetzung mit der Landesregierung**

Die Menschen in Sachsen-Anhalt können sich darauf verlassen, dass wir trotz der notwendigen innerparteilichen Diskussion unsere Aufgaben als Opposition in Sachsen-Anhalt erfüllen werden.

Die inhaltliche Ausrichtung der neuen Koalition von CDU, SPD und FDP ist, wenn man den Koalitionsvertrag zugrunde legt, deutlich neoliberaler als die vorhergehende Landesregierung und in vielen Teilen das Gegenteil dessen, was die SPD im Wahlkampf plakatiert hat. Darüber hinaus ist unklar, was aus den im Koalitionsvertrag enthaltenen vagen Versprechungen wird, wenn diese Koalition den ersten Landeshaushalt vorlegt. Eines ist aber sicher, soziale Gerechtigkeit wie wir sie meinen, wird es mit dieser Koalition nicht geben. Unsere zentrale Aufgabe wird es sein, gegen den absehbaren Abbau von öffentlicher Daseinsvorsorge und sozialer Sicherheit für die Menschen im Land spürbar vorzugehen. Dabei sind die Aktivitäten der Landtagsfraktion nur ein Teil. Wir müssen als Partei öffentlich erkennbar in die Auseinandersetzung mit dieser Landesregierung gehen. Die öffentliche Wahrnehmung werden wir nur in Verbindung von Parteimitgliedern vor Ort, kommunalen Vertretungen und der Landtagsfraktion gemeinsam erreichen.

Bei den Landtags- und Bundestagwahlen in Sachsen-Anhalt hat sich auch wieder gezeigt, dass es landesweit ein stabiles Wählerpotenzial von 20 Prozent für die rechtsextreme AfD gibt. Diese Wahlergebnisse sind Symptome für verfestigte antidemokratische Einstellungen in großen Teilen der Bevölkerung. Die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus der AfD muss begleitet werden durch neue Strategien der Ansprache von Menschen, die aufgrund ihrer sozialen Situation Protest mithilfe einer Stimme bei der Wahl für die AfD artikulieren und dabei bewusst rechtsextreme Positionen akzeptieren oder sogar unterstützen. Vielfach sind AfD-Hochburgen noch vor wenigen Jahren Hochburgen von PDS und LINKEN gewesen. Auch diese Tatsache zwingt uns zu neuen Überlegungen und Strategien.

Oppositionsarbeit im Land heißt darüber hinaus aber auch, Ansprechpartner:in und Unterstützer:in für zivilgesellschaftliche Organisationen und Strukturen zu sein, die Unterstützung bei der Auseinandersetzung mit dieser Landesregierung benötigen. Dies werden Gewerkschaften, Sozialverbände, Umweltverbände und Organisationen der migrantischen Selbstorganisationen sein. Hier müssen wir Verlässlichkeit zeigen. Trotz der notwendigen innerparteilichen Debatte müssen wir in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der nächsten Monate erkennbar sein.

Das Ziel zwischen den Wahlen sichtbar zu sein, ist eine Grundvoraussetzung, da nur so eine Basis von Mitgliedern und Wähler:innen für die nächste Wahl generiert werden kann. Getreu dem Motto: „Nach der Wahl, ist vor der Wahl.“

Die Herausforderungen sind groß, aber nicht unlösbar. Packen wir es gemeinsam an.

1. Vgl. Tagesschau, Erhebung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt: <https://www.tagesschau.de/inland/waehlerwanderung-sachsen-anhalt-gross-101.html> (Saldo von Verlusten und Gewinnen) [↑](#footnote-ref-1)
2. Karsten Stöber: „Einschätzungen zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt“, Seite 9 und 10. [↑](#footnote-ref-2)
3. Rosemarie Hein „Wahlauswertung – strategische Überlegungen 2021“, 23.08. 2021, Seite 1. [↑](#footnote-ref-3)
4. Beschluss der 2. Tagung des 7. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 11.10.2020 in Plötzky: <https://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/fileadmin/aaa_download_lsa/Parteitage/7._LPT__2._Tagung/Beschluesse/2020-10-11-Beschluss_Leitantrag_Solidaritaet_statt_Ellenbogen_final.pdf> [↑](#footnote-ref-4)
5. Eine vom Landesverband in Auftrag gegebene Studie hatte ergeben, dass vor allem die Renten- und Lohnangleichung Ost an West den Menschen unter den Nägeln brannte. Bei der Benennung von wahlentscheidenden Projekten für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt lag dieses Thema mit 67 Prozent auf Platz 1.(Befragungszeitraum der Umfrage: 23. -29.9. 2020) [↑](#footnote-ref-5)
6. Karsten Stöber: „Einschätzungen zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt“, Seite 9 und 10. [↑](#footnote-ref-6)
7. Text teilweise aus Wahlauswertung von Karsten Stöber entnommen. [↑](#footnote-ref-7)
8. Karsten Stöber, Seite 9. [↑](#footnote-ref-8)
9. Insgesamt belaufen sich die Mitgliederzahlen im Bereich der „jüngeren Sparte“ von den 14-45-Jährigen auf genau 663 Mitglieder. Diese stehen im Bezug zu der „älteren Mitgliedschaft von 56-86-Jährigen mit einer Mitgliederanzahl von 2228 Mitgliedern. Weiterhin konnte der Landesverband Sachsen-Anhalt zwar von 2018 bis 2021 273 Mitglieder im Alter von 14-35 werben, doch täuscht diese Zahl da nach Abzug der Austritte, tatsächlich nur 88 Mitglieder gebunden werden konnten. [↑](#footnote-ref-9)